

BEBAUUNGSPLAN

"FICHTENSTRASSE, TEILÄNDERUNG III"

DER GEMEINDE EDINGEN-NECKARHAUSEN

TEXTLICHE FESTSETZUNGEN

Rechtsgrundlagen

Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. September 2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 22. Juli 2011 (BGBl. I S. 1509).

Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke (Baunutzungsverordnung - BauNVO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. Januar 1990 (BGBl. I S. 132), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes zur Erleichterung von Investitionen und der Ausweisung und Bereitstellung von Wohnbauland (Investitionserleichterungs- und Wohnbaulandgesetz) vom 22. April 1993 (BGBl. I S. 466).

Verordnung über die Ausarbeitung der Bauleitpläne und Darstellung des Planinhaltes (Planzeichenverordnung 1990 – PlanzV 90) vom 18. Dezember 1990 (BGBl. 1991 I S. 58), zuletzt geändert durch Art. 2 des Gesetzes vom 22. Juli 2011 (BGBl. I S. 1509).

Bundes-Bodenschutzgesetz (BBodSchG) vom 17. März 1998 (BGBl. I 1998 S. 502), zuletzt geändert durch Art. 5 des Gesetzes vom 24. Februar 2012 (BGBl. I S. 212).

Landesbauordnung Baden-Württemberg (LBO) in der Fassung vom 05. März 2010 (GBl. 2010 S. 357), zuletzt geändert durch Artikel 70 der Verordnung vom 25. Januar 2012 (GBl. S. 65, 73).

Gesetz zum Schutz der Kulturdenkmale (Denkmalschutzgesetz – DSchG) in der Fassung vom 6. Dezember 1983 (GBl. S. 797), zuletzt geändert durch Artikel 9 der Verordnung vom 25. Januar 2012 (GBl. S. 65, 66).

Gemeindeordnung für Baden-Württemberg in der Fassung vom 24. Juli 2000 (GBl. S. 582), zuletzt geändert durch Artikel 28 der Verordnung vom 25. Januar 2012 (GBl. S. 65, 66).

I. PLANUNGSRECHTLICHE FESTSETZUNGEN

Inhalt

1. Art der baulichen Nutzung
2. Maß der baulichen Nutzung
3. Bauweise, überbaubare Grundstücksflächen
4. Grundstücksgröße
5. Begrenzung der höchstzulässigen Zahl von Wohneinheiten in einem Gebäude
6. Verkehrsflächen sowie Verkehrsflächen besonderer Zweckbestimmung und Flächen, die zur Herstellung des Straßenkörpers erforderlich sind
7. Nebenanlagen, Garagen, Kfz-Stellplätze oder Carports
8. Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft sowie Regelung der Oberflächenwasserversickerung

1. Art der baulichen Nutzung (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB)

WA* = allgemeines Wohngebiet gemäß § 4 BauNVO

Allgemein zulässig sind gemäß § 4 Abs. 2 BauNVO:

1. Wohngebäude,
2. die der Versorgung des Gebiets dienenden Läden, Schank- und Speisewirtschaften sowie nicht störenden Handwerksbetriebe,
3. Anlagen für kirchliche, kulturelle, soziale, gesundheitliche und sportliche Zwecke

Ausnahmsweise können zugelassen werden gemäß § 1 Abs. 5 BauNVO:

4. Betriebe des Beherbergungsgewerbes,
5. sonstige nicht störende Gewerbebetriebe.

Nicht zulässig gemäß § 1 Abs. 6 BauNVO sind:

6. Anlagen für Verwaltung,
7. Gartenbaubetriebe,
8. Tankstellen.

** Die Wohngebietsflächen liegen im Einwirkungsbereich eines bestehenden landwirtschaftlichen Betriebs. Betriebsbedingt können temporär die Immissionsrichtwerte für ein Allgemeines Wohngebiet überschritten werden. Die Immissionsrichtwerte für Mischgebiete werden jedoch durchweg eingehalten.*

2. Maß der baulichen Nutzung

(§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB in Verbindung mit § 16 Abs. 2 und § 18 Abs. 1 BauNVO)

Das Maß der baulichen Nutzung wird wie folgt festgesetzt:

Bereich A:

- Grundflächenzahl: 0,35
- Geschossflächenzahl: 0,7
- max. Zahl der Vollgeschosse: II
- maximal zulässige Wandhöhe: 9,30 m

Bereich B:

- Grundflächenzahl: 0,35
- Geschossflächenzahl: 0,7
- max. Zahl der Vollgeschosse: II
- maximal zulässige Wandhöhe: 9,30 m

Bereich C:

- Grundflächenzahl: 0,35
- Geschossflächenzahl: 0,7
- max. Zahl der Vollgeschosse: II
- maximal zulässige Wandhöhe: 7,50 m

Bereich D:

- Grundflächenzahl: 0,35
- Geschossflächenzahl: 0,7
- max. Zahl der Vollgeschosse: II
- maximal zulässige Wandhöhe: 9,30 m

Bereich E:

- Grundflächenzahl: 0,4
- Geschossflächenzahl: 0,4
- max. Zahl der Vollgeschosse: I
- maximal zulässige Firsthöhe: 7,50 m

Die Bezugspunkte für die Höhenfestsetzungen sind im Plan dargestellt.

Für die Bereiche A, B, C und E gilt Bezugspunkt 1 (100,80 NN).

Für Bereich D gilt Bezugspunkt 2 (101,60 NN).

Die Flächen von Tiefgarage, Garagen und Stellplätzen mit ihren Zufahrten, Nebenanlagen im Sinne des §14 BauNVO sowie von Balkonen und Terrassen sind nicht auf die zulässige Grundfläche anzurechnen.

Technische Anlagen, wie etwa Fahrstühle, dürfen die maximal zulässige Wandhöhe im notwendigen Maße überschreiten.

3. Bauweise, überbaubare Grundstücksfläche

(§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB in Verbindung mit §§ 22 u. 23 BauNVO)

3.1 Es sind nur Einzelhäuser zulässig.

4. Grundstücksgröße
(§ 9 Abs. 1 Nr. 3 BauGB)

- 4.1 Innerhalb der Bereiche A, B, C und D dürfen die Baugrundstücke eine Mindestgröße von 2.500 m² nicht unterschreiten.
- 4.2 Innerhalb des Bereiches D dürfen die Baugrundstücke eine Mindestgröße von 420 m² nicht unterschreiten.

5. Begrenzung der höchstzulässigen Zahl von Wohneinheiten in einem Gebäude
(§ 9 Abs. 1 Nr. 6 BauGB)

In Bereich A sind pro Wohngebäude maximal 3 Wohneinheiten zulässig.

In Bereich B sind pro Wohngebäude maximal 6 Wohneinheiten zulässig.

In Bereich C sind pro Wohngebäude maximal 2 Wohneinheiten zulässig.

In Bereich D sind pro Wohngebäude maximal 3 Wohneinheiten zulässig.

In Bereich E ist pro Wohngebäude eine Wohneinheit zulässig.

6. Verkehrsflächen sowie Verkehrsflächen besonderer Zweckbestimmung und Flächen, die zur Herstellung des Straßenkörpers erforderlich sind
(§ 9 Abs. 1 Nr. 11 u. 26 BauGB)

- 6.1 Parallel zur Straßenbegrenzungslinie kann eine Fläche bis zu 0,50 m zur Herstellung von Erschließungsanlagen in Anspruch genommen werden.

7. Nebenanlagen, Garagen, KFZ-Stellplätze und Carports
(§ 9 Abs. 1 Nr. 4 BauGB i.V.m. §§ 12 und 14 Abs. 1 sowie 19 Abs. 4 BauNVO)

- 7.1 Innerhalb der gekennzeichneten Fläche für Nebenanlagen, Stellplätze, Garagen und Gemeinschaftsanlagen ist eine Tiefgarage zu errichten. Die Oberkante der Tiefgarage darf im Mittel nicht mehr als 30 cm über Bezugspunkt 1 gem. Nr. 2 (100,80 NN) hinausragen. Die Zu- und Abfahrt zur Tiefgarage ist nur an der im Plan gekennzeichneten Stelle zulässig.
- 7.2 In den Bereichen A, B, C und D sind Garagen und Carports nur innerhalb der Baufenster sowie der hierfür festgelegten und gekennzeichneten Flächen zulässig.
- 7.3 Der Abstand zwischen Garage und Straßenbegrenzungslinie muss im Bereich E mindestens 6,0 m betragen. Die Fläche zwischen Garagen und Straßenbegrenzungslinie ist als private Stellfläche anzulegen.
- 7.4 Nebenanlagen im Sinne von § 14 BauNVO sind in Form von Gebäuden bis zu einer Größe von 30 m³ zulässig. In den Vorgärten ist die Errichtung von Nebenanlagen im Sinne von § 14 BauNVO in Form von Gebäuden nicht zulässig.

- 8. Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft sowie Regelung der Oberflächenwasserversickerung**
(§ 9 Abs. 1 Nr. 16 i.V.m. Nr. 20 u. Nr. 25 BauGB)
- 8.1 Stellplätze, Garagenvorplätze und Zufahrten, Wirtschafts- und Fußwege, sowie sonstige Bereiche, auf welchen unbelastetes Niederschlagswasser anfällt, dürfen nur mit einer wasserdurchlässigen Oberfläche erstellt werden.
- 8.2 Das auf den privaten Grundstücken anfallende Niederschlagswasser ist – soweit gemäß dem Stand der geltenden Regeln der Technik möglich – auf diesen zurückzuhalten und zu versickern bzw. zu verdunsten oder als Brauchwasser zu verwenden. Eine Versickerung hat hierbei über Rigolen bzw. Muldenrigolen zu erfolgen. Die Überläufe der Rückhalteanlagen sind an den Mischwasserkanal anzuschließen.
- 8.3 Der vorhandene Bodentyp ist, soweit möglich, zu erhalten. Bei allen Baumaßnahmen sind der humose Oberboden und der Unterboden getrennt abzubauen, vorrangig einer Wiederverwertung im Gebiet zuzuführen und bis zu diesem Zeitpunkt getrennt in Mieten (max. 2 m Höhe) zu lagern und gegen Vernässung zu schützen.
- 8.4 Als Aufschüttmaterial dürfen kein belastetes Bodenmaterial und kein Oberboden verwendet werden.
- 8.5 In den Bereichen A, B, C und D sind Pult- und Flachdächer von Haupt- und Nebengebäuden mit einer extensiven Dachbegrünung auf mineralischer Substratbasis zu versehen. Es ist eine Substratstärke von mindestens 5 cm vorzusehen.
- 8.6 Mehr als 20 m² große fensterlose Teile von Fassaden sind mit einer Fassadenbegrünung zu versehen.
- 8.7 Die nicht bebauten Flächen über der Tiefgarage sind - mit Ausnahme notwendiger Wegeflächen - zu begrünen.

II. BAUORDNUNGSRECHTLICHE FESTSETZUNGEN**GESTALTUNGSSATZUNG****Inhalt**

1. Äußere Gestaltung baulicher Anlagen
2. Gestaltung der Stellplätze und unbebauter Grundstücksflächen
3. Einfriedungen, Abgrenzungen, Abstellplätze für Mülltonnen und deren Gestaltung
4. Stellplatzverpflichtung

1. Äußere Gestaltung baulicher Anlagen
(§ 74 Abs. 1 Nr. 1 LBO)**1.1 Dachform und Dachneigung**

- Bereiche A, B, C und D: Pultdach – Neigung: 3 - 10 Grad, Dachtraufe auf der Nordseite des Gebäudes
- Bereich E: Satteldach – Neigung: 25 - 35 Grad

1.2 Dachaufbauten

- 1.2.1 In den Bereichen A, B, C und D sind Dachaufbauten nicht zulässig. Ausgenommen hiervon sind technische Anlagen (wie etwa Fahrstühle).
- 1.2.2 In Bereich E sind Dachaufbauten, d.s. Gauben und Nebengiebel, allgemein zulässig.
- 1.2.3 Die Gesamtbreite der Dachaufbauten darf zusammen 2/3 der zugehörigen traufseitigen Gebäudelängen nicht überschreiten.
- 1.2.4 Die Schnittpunkte der Dachaufbauten mit der Dachfläche müssen einen Mindestabstand von 1,25 m zum Ortgang aufweisen.
- 1.2.5 Die Oberkante der Dachaufbauten darf den First des Hauptgebäudes nicht überragen.

2. Gestaltung der Stellplätze und unbebauter Grundstücksflächen
(§ 74 Abs. 1 Nr. 3 LBO)

- 2.1 Die Flächen zwischen der Straßenbegrenzungslinie und den Gebäuden sind - unter Berücksichtigung der Zufahrten, Stellplätze und Zuwegungen - gärtnerisch anzulegen und zu pflegen. Arbeits- oder Lagerplätze sind hier nicht zulässig.
- 2.2 Die nicht bebauten Flächen der bebauten Grundstücke sind gärtnerisch anzulegen und zu pflegen.
- 2.3 Je angefangener 200 m² Freifläche ist mindestens ein Baum II. Ordnung oder 1 Obstbaum der Pflanzliste im Anhang zu pflanzen und zu unterhalten.

3. Einfriedungen, Abgrenzungen, Abstellplätze für Mülltonnen und deren Gestaltung
(§ 74 Abs. 1 Nr. 3 LBO)

- 3.1 Abstellplätze für Mülltonnen sind durch begrünte bauliche Maßnahmen oder dichte Bepflanzung vor unmittelbarer Einsicht und Sonneneinstrahlung zu schützen.

4. Stellplatzverpflichtung
(§ 74 Abs. 2 Nr. 2 LBO i.V.m. § 37 LBO)

Je Wohneinheit mit bis zu 45 m² Wohnfläche ist mindestens 1 Kfz-Stellplatz nachzuweisen.

Je Wohneinheit mit mehr als 45 m² und weniger als 75 m² Wohnfläche sind mindestens 1,5 Kfz-Stellplätze nachzuweisen.

Je Wohneinheit mit mehr als 75 m² Wohnfläche sind mindestens 2 Kfz-Stellplätze nachzuweisen.

III. HINWEISE

1. Im Baugebiet ist mit Schichten- bzw. Grundwasser zu rechnen. Für die Hochbauten wird empfohlen, entsprechende Gutachten zu erstellen. Die Keller sind gegebenenfalls gegen drückendes Wasser zu schützen.
2. Es wird darauf hingewiesen, dass der Planbereich bei extremen Hochwasserereignissen überströmt werden kann.
3. Der Planbereich liegt innerhalb des Wasserschutzgebietes III WGS-031-WW Rheinaue Rhein-Neckar AG MA.
4. Das Plangebiet liegt innerhalb der weiteren Schutzzone B (Zone III B) des geplanten Trinkwasserschutzgebietes des Brunnens Neckarhausen des Zweckverbandes „Neckargruppe“. Es besteht noch keine Rechtsverordnung, es sind daher noch keine Verbotsbestimmungen formuliert. Es wird jedoch darauf hingewiesen, dass bei der Nutzung von Erdwärme mittels Erdsonden die Bohrtiefe begrenzt ist sowie bei Festsetzung des Wasserschutzgebietes als Wärmeträgerflüssigkeit nur reines Wasser zum Einsatz kommen darf.
5. Die anfallenden Oberflächenwässer sollen im Plangebiet versickern bzw. verdunstet werden.
6. Anfallendes Niederschlagswasser aus der Dachentwässerung soll gesammelt und als Brauchwasser verwendet oder auf dem Grundstück zur Versickerung gebracht werden. Sofern erforderlich, ist eine wasserrechtliche Erlaubnis oder Bewilligung zu beantragen. Erlaubnisfrei kann nach der Niederschlagswasser-Verordnung vom 22.03.1999 z.B. dann versickert werden, wenn dies flächenhaft oder über ausreichend bemessene Mulden auf mindestens 30 cm mächtigem bewachsenem Boden geschieht. Der Abstand zum höchsten Grundwasserstand muss dabei mindestens 1 Meter betragen. Auf Altlasten dürfen keine Versickerungsanlagen errichtet werden.
7. Für eine mögliche Versickerung / Teilversickerung von Niederschlagswasser ist u.a. die Verordnung des Ministeriums für Umwelt und Verkehr Baden-Württemberg über dessen dezentrale Beseitigung vom 22.03.1999 maßgebend. Nach § 45b Abs. 3 Wassergesetz für Baden-Württemberg muss die Versickerung schadlos und mit vertretbarem Aufwand erfolgen.
8. Fremdwasser (Quellen-, Brunnen-, Grabeneinläufe, Drainagen) darf nicht der Kläranlage zugeführt werden, sondern ist getrennt abzuleiten.
9. Zur Vermeidung von langfristigen Schadstoffeinträgen in den Boden und in das Grundwasser wird empfohlen, als Material zur Dacheindeckung auf unbeschichtetes Metall (Kupfer, Zink, Blei) zu verzichten. Auch auf Regenrinnen und Regenfallrohre aus diesen Materialien sollte verzichtet werden.
10. In den nicht zur Bebauung vorgesehenen Bereichen sind Bodenverdichtungen zu vermeiden, um die natürliche Bodenstruktur vor einer erheblichen und nachhaltigen Veränderung zu schützen.
11. Falls bei der Durchführung von Bodenarbeiten geruchliche und/oder sichtbare Auffälligkeiten bemerkt werden, die auf Bodenverunreinigungen hinweisen, ist das Wasserrechtsamt beim Landratsamt Rhein-Neckar-Kreis unverzüglich zu verständigen.
12. Sollten bei Erdarbeiten Bodendenkmale entdeckt werden, sind diese gemäß Denkmalschutzgesetz der Unteren Denkmalschutzbehörde beim Landratsamt Rhein-Neckar oder dem Landesdenkmalamt, Karlsruhe, anzuzeigen. Die Fundstelle ist bis zu vier Werktagen nach der Fundanzeige unberührt zu lassen, wenn nicht eine Verkürzung der Frist vereinbart wird.

13. Die einschlägigen Regelwerke im Themenfeld „Vegetationstechnik im Landschaftsbau – Bodenarbeiten“ sind bei allen Baumaßnahmen zu beachten. Mutterboden ist in nutzbarem Zustand zu erhalten und vor Vernichtung und Vergeudung zu schützen.
14. Die anfallenden Erdmassen, insbesondere aus dem Tiefgaragenaushub, sind vorrangig im Plangebiet zu belassen (z.B. Unterbodenmaterial aus Baugrubenausbau als Aufschüttmaterial verwenden). Sofern das anfallende Bodenmaterial nicht an Ort und Stelle wiedereingebaut werden kann, ist es in einem nutzbaren Zustand zu erhalten und einer geordneten Wiederverwertung zuzuführen.
15. Die festgesetzten Pflanzungen sind über mindestens 3 Jahre zu pflegen und insbesondere zu bewässern.
16. Zum Schutz der Tierwelt sind Baum- und Gehölzfällarbeiten außerhalb der Vegetationsperioden durchzuführen.
17. Bei der Verlegung von Leitungen sind die bestehenden Standorte von Gehölzen in ausreichendem Umfang freizuhalten. Außerdem ist hinsichtlich der Anpflanzung von Bäumen das „Merkblatt über Baumstandorte und unterirdische Ver- und Entsorgungsanlagen“ der Forschungsgesellschaft für Straßen- und Verkehrswesen, Ausgabe 1989, siehe hier u. a. Abschnitt 3, zu beachten.
18. Im Planbereich befindet sich Telekommunikationsinfrastruktur der Telekom Deutschland GmbH, welche gegebenenfalls gesichert werden muss. Vor Beginn von Bauarbeiten im Planbereich sind entsprechende Lagepläne einzuholen. Bei der Bauausführung sind die Kabelschutzanweisungen der Telekom zu beachten.
19. Im Plangebiet befinden sich Leitungen der EnBW Regional AG. Vor Beginn von Bauarbeiten im Planbereich sind entsprechende Lagepläne beim EnBW-Regionalzentrum Nordbaden einzuholen.
20. Im Plangebiet befinden sich Leitungen der MVV Energie AG. Bei der Herstellung des Straßenraums muss während der Bauphase (Auskoffnung) eine Mindestüberdeckung von 0,60 m zu den bestehenden Versorgungsleitungen gewährleistet sein. Ansonsten sind die Versorgungsleitungen durch das Ergreifen von Schutzmaßnahmen in ihrem Bestand zu schützen (z.B. Reduzierung der Ausbautiefe im Trassenbereich der Leitungen, Einbringung eines Überfahrsschutzes im Trassenbereich o.ä.). Die Schutzmaßnahmen sind mit der MVV, Abteilung TS.N.2, abzustimmen. Anfallende Kosten gehen zu Lasten des Verursachers. Bestehende Armaturen an den Versorgungsleitungen (Schieberklappen usw.) müssen der Straßenbaumaßnahme angepasst werden. Zudem ist darauf zu achten, dass zukünftige Rand- und Muldensteine etc. nicht unmittelbar auf den Trassen der Versorgungsleitungen zu liegen kommen.
Bei der Ausführung der Baumaßnahmen wird auf das DVGW-Regelwerk, Arbeitsblatt 315 „Hinweise für Maßnahmen zum Schutz von Versorgungsleitungen bei Bauarbeiten“ verwiesen.
Sollten sich dennoch Schäden an den Versorgungsleitungen ergeben, so sind die anfallenden Kosten nach den Regularien des Konzessionsvertrages abzurechnen.
Bei Baumpflanzungen ist darauf zu achten, dass ein lichter Mindestabstand von 2,00 m zu den Versorgungsleitungen nicht unterschritten wird. Ansonsten sind die betroffenen Versorgungsleitungen durch den Einbau von Schutzmaßnahmen vor Wurzelbeschädigung zu schützen. Die anfallenden Kosten für die Schutzmaßnahmen gehen zu Lasten des Verursachers.
Des Weiteren sind die ausführenden Firmen anzuhalten, nachfolgendes zu beachten:
 1. Vor Baubeginn sind die Planunterlagen der MVV einzusehen, MVV TN.G, Tel. 0621/290-3700.
 2. Im Bereich der Leitungen sind Tiefbauarbeiten von Hand auszuführen.
 3. Rechtzeitig vor Baubeginn ist die Abteilung MVV TS.N.2, Tel. 0621/290-3514, zu verständigen.
21. Es ist sicherzustellen, dass auf jedem Grundstück ausreichende Flächen für das Aufstellen der nach der Kreisabfallwirtschaftssatzung erforderlichen Abfallbehälter vorhanden sind.

22. Anfallende Baustellenabfälle (z.B. Folien, Farben u.a.) und nichtmineralischer Bauschutt sind ordnungsgemäß zu entsorgen und dürfen nicht als An- bzw. Auffüllmaterial (Mulden, Baugrube, Arbeitsgraben etc.) benutzt werden (§§ 3 und 4 AbfG). Mineralischer Bauschutt ist einer Wiederverwertung zuzuführen (Recycling).

Aufgestellt im Auftrag der Gemeinde Edingen-Neckarhausen
Frankenthal, im Dezember 2012/S185/TF121220

Raum- und Umweltplanung
Stadtplanung
Sportstättenplanung
Architektur

MBPLAN Dipl.-Ing. Stadtplaner/Architekt
MATTHIAS BRAUN

Verchowstraße 23
67227 Frankenthal
Fon 06233 - 366 566
Fax 06233 - 366 567

Bürgermeister-Trupp-Str. 11
67069 Ludwigshafen
Fon 0621 - 65 79 266
Fax 0621 - 65 79 267

www.mbplan.de
info@mbplan.de

ANHANG

Artenliste für Neupflanzungen:

<u>Bäume I. Ordnung</u>		<u>Kulturobst (Hochstamm)</u>
Acer platanoides	Spitz - Ahorn	<u>Apfelhochstamm</u>
Fagus sylvatica	Rotbuche	Berner Rosenapfel
Fraxinus excelsior	Esche	Bohnapfel
Juglans regia	Walnussbaum	Boskoop
Quercus robur	Stieleiche	Engelberger
Quercus petraea	Traubeneiche	Gravensteiner
Tilia cordata	Winterlinde	Roter Berlepsch
		Salemer Klosterapfel
		Schwaigheimer Rambur
		Spätblühender Winterapfel
		Teuringer Rambour
<u>Bäume II. Ordnung</u>		<u>Birnenhochstamm</u>
Acer campestre	Feld - Ahorn	Augustbirne
Alnus glutinosa	Schwarzerle	Grüne Jagdbirne
Carpinus betulus	Hainbuche	Gellerts Butterbirne
Malus silvestris	Holzapfel	Grüne Jagdbirne
Prunus avium	Vogelkirsche	Klapps Liebling
Prunus domestica	Pflaume	Rote Bergamotte Schweizer Wasserbirne
Pyrus pyreaster	Holzbirne	Wildling von Einsiedeln
Salix spec.	Weide in Sorten	
Sorbus aucuparia	Vogelbeere	
Sorbus domestica	Speierling	
Sorbus torminalis	Eisbeere	
<u>Sträucher</u>		
Amelanchier ovalis	Felsenbirne	
Acer campestre	Feld - Ahorn	
Carpinus betulus	Hainbuche	
Corylus avellana	Hasel	
Cornus mas	Kornelkirsche	
Cornus sanguinea	Hartriegel	
Euonymus europaeus	Pfaffenhütchen	
Ligustrum vulgare	Liguster	
Lonicera xylosteum	Heckenkirsche	
Prunus padus	Traubenkirsche	
Prunus spinosa	Schlehe	
Rhamnus frangula	Faulbaum	
Rosa arvensis	Feldrose	
Rosa canina	Hundsrose	
Rosa rubiginosa	Wein - Rose	
Rosa spinosa	Bibernellrose	
Salix spec.	Weide in Sorten	
Sambucus nigra	Schwarzer Holunder	
Viburnum opulus	gemeiner Schneeball	
<u>Kletter- und Rankpflanzen</u>		
Clematis spec.	Waldrebe in Sorten	
Hedera helix	Efeu	
Lonicera spec.	Geisblatt in Sorten	
Parthenocissus tripuspidata	Wilder Wein	
Polygonum aubertii	Knöterich	